

## Inhalt der Sitzung vom 18.11.2013

### TOP Ö2

#### **Einbringung Haushaltsplanentwurf 2014 und Wirtschaftsplanentwurf 2014 (jeweils mit Finanzplanung)**

Der Haushalt 2014 soll durch einer Entnahme aus der allgemeinen Rücklage von ca. 4,5 Mio. € und durch Grundstückserlöse von 1,0 Mio. € ausgeglichen werden.

Es sind keine Kreditaufnahmen vorgesehen. In den Jahren 2014 bis 2016 sind außerordentliche Tilgungen von jeweils 37 T€, im Jahr 2017 sind Sondertilgungen von ca. 701 T€ eingeplant; insgesamt also ca. 812 T€.

Abhängig vom Verlauf der Haushaltsentwicklung sollte die Finanzplanung der Jahre 2015 bis 2017 hinsichtlich der Gewährung der Trägerdarlehen an das Wasserwerk, der Sondertilgungen und der geplanten Investitionen angepasst werden.

Die Gemeinde kann die Ausgaben nur mit Grundstückserlösen (Rücklageentnahmen) und Zuschüssen, deren Erhalt fraglich ist, finanzieren (abgesehen von Kreditaufnahmen).

Im Planungsjahr 2014 benötigt die Gemeinde zum Haushaltsausgleich eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage von 4,5 Mio. € und Grundstückserlöse von 1,0 Mio. €, insgesamt 5,5 Mio. €.

Zurzeit kann aufgrund des Haushaltsverlaufs 2013 davon ausgegangen werden, dass 2013 824.000 € der allgemeinen Rücklage zugeführt werden können, so dass diese auf 6,5 Mio. € zum 31.12.2013 steigen dürfte. Eine Entnahme der Rücklage zum Ausgleich der Jahre 2014 und 2015 ist bereits in der Planung eingestellt, so dass die Gemeinde dann nur noch über die gesetzlich vorgeschriebene Mindestrücklage von 388 T€ zum 31.12.2015 verfügen würde.

Die Gemeinde lebt von Ihrer Substanz (Grundstückserlöse); es wäre daher weiterhin sinnvoll, vom Gemeinderat rechtzeitig Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltslage zu beschließen.

Die von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsverbesserungen fanden letztlich nicht die erforderlichen Mehrheiten.

Bürgermeister Schmitt ging in seiner HH-Rede darauf ein, dass gemeinsam eine tragfähige Grundlagen erarbeitet wurde, um den Standort Plankstadt weiter zu fördern und im laufenden Jahr einiges auf den Weg gebracht wurde, wie etwa der weitere Neubau einer Kinderkrippe sowie die Sanierung der Schulsporthallen und auch der Schulen, um die Lebensqualität zu stärken. Positiv ist auch, dass im kommenden Jahr im Verwaltungshaushalt eine Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt von ca. 220.000 Euro erwirtschaftet werden kann und es gelungen ist, die Schulden der Gemeinde seit 2007 um über 50% zu reduzieren. Diese Reduzierung der Verschuldung wurde erreicht, obwohl in diesen Jahren über 15 Mio. € in die Erhaltung des vorhandenen Vermögens investiert wurde.

Trotzdem gehört Plankstadt nicht zu den reichen Kommunen in Baden-Württemberg, die eine gute Einnahmesituation haben und großflächig investieren können. Vielmehr zählt die Gemeinde zu den Orten, die sich nur dank Vermögensveräußerungen oder Kreditaufnahmen über Wasser halten können.

Plankstadt kämpft nach wie vor mit einem deutlichen strukturellen Defizit. Auch 2014 folgend muss wieder jedes Jahr Geld aus der Rücklage entnommen oder Grundstücke verkauft werden, um die Ausgaben zu decken.

In den Jahren 2014 bis 2017 müssen insgesamt 13 Mio. €, somit durchschnittlich über 3,2 Mio. € pro Jahr, aus der allgemeinen Rücklage entnommen bzw. durch Grundstückserlöse aufgebracht werden.

Letztendlich heißt das aktuell für Plankstadt: Es bleibt weiterhin nur ein klarer Sparkurs. Wenigstens ist die Gemeinde durch ihre Lage hier im Verdichtungsraum so attraktiv, dass man bisher dazu in der Lage ist, die notwendigen Einnahmen aus Grundstücksverkäufen auch tatsächlich realisieren zu können.

Wie sieht es jetzt 2014 konkret aus, was ist im kommenden Jahr vorgesehen, damit es mit Plankstadt weiter vorwärtsgeht?

Die größten Ausgabeposten im Haushalt 2014 sind wieder die Ausgaben für die Kinderbetreuung von Krippe über Kindergarten, Bildung und Betreuung an den Schulen bis hin zum Jugendzentrum. Hierfür ist für nächstes Jahr ein Zuschussbedarf von rund 2,8 Mio. € vorgesehen. Hinzu kommt noch der Neubau einer weiteren Kinderkrippe im Vermögenshaushalt.

Es heißt so schön: Die Kinder sind unsere Zukunft. In Plankstadt wird alles machbare dafür getan, damit unser Nachwuchs auch möglichst gute Bedingungen vorfindet um die Zukunft positiv zu gestalten.

Auch für die älteren Mitbürger muss etwas getan werden, weshalb im Haushalt die Wiedereinführung des Stadtbusses eingeplant ist. Nachdem mittlerweile 2 Jahre seit der Ablehnung des Stadtbusses vorübergegangen sind ohne dass ein Bürgerbus realisiert wurde, ist es an der Zeit sich nochmals über den Stadtbus zu unterhalten. Dieser würde jedoch nicht nur den älteren Mitbürgern zugutekommen, sondern auch den aus- und auch einpendelnden ÖPNV-Nutzern.

Als größere Einzelmaßnahmen im Verwaltungshaushalt sind die Fortführung der Kanaluntersuchung und –instandsetzung sowie die Fortsetzung der Sanierung der Humboldtschule eingeplant.

Ein anderer wichtiger Posten, der immer wieder einer vertieften Betrachtung unterzogen wird, sind die Personalausgaben. Seit dem Jahr des Amtsantrittes des Bürgermeisters steigen diese bis nächstes Jahr insgesamt um 15,8 %. Auf den ersten Blick erscheint dies recht hoch. Dies relativiert sich sehr schnell, wenn man sieht dass die Ausgaben für Angestellte durch Lohn- und Stufensteigerungen in dieser Zeit im Durchschnitt um nahezu 25 % gestiegen sind. Dies zeigt, dass die Personalreduzierung der letzten Jahre die Ausgabensteigerung in diesem Bereich deutlich gemildert hat.

Im Vermögenshaushalt sind 6,3 Mio. € veranschlagt. Den größten Teil der Finanzierung stellt die Entnahme aus der Rücklage dar. Die größte Position nehmen mit über 3,5 Mio. € Baumaßnahmen ein.

Auf der Einnahmeseite sind über den Finanzplanungszeitraum keine Kredite vorgesehen. An Erlösen aus Grundstücksverkäufen sind 2014 konservative 1.000.000 € eingestellt. Bei einem positiven Jahresverlauf ist hier noch Potential, was dann auch die hohe Rücklagenentnahme entsprechend mindern könnte.

Das bedeutendste Vorhaben auf der Ausgabenseite des Vermögenshaushaltes betrifft den Bau einer weiteren Kinderkrippe mit Kindertagesstätte. Dieses Vorhaben nimmt alleine ca. 50% der vorgesehenen Baumaßnahmen ein. Zwei Maßnahmen betreffen die Sanierung bzw. Erneuerung von Straßen, welche sich in einem sehr schlechten Zustand befinden und die Planungen schon sehr weit fortgeschritten sind, so dass hier sind die ersten Bauabschnitte einer 2-3 jährigen Sanierungsphase eingeplant wurden. Hierzu korrespondieren ist im Bereich der Wasserversorgung die Sanierung der entsprechenden Wasserleitungen eingeplant. Eine weitere wichtige Maßnahme ist die geplante Erschließung des Teilbereiches 1 des Areal Plankstadt, also des Gewerbegebietes Jungholz. Die bisher erarbeiteten Kontakte zu Firmen lassen durchaus darauf schließen, dass eine entsprechende Vermarktung von Flächen im kommenden Jahr möglich erscheint

Ebenfalls vorgesehen ist die Fortführung der Planung der Rathaussanierung. Hier ist ein entsprechender Ansatz im Landessanierungsprogramm vorgesehen.

Der Beschlussvorschlag lautet: Verweisung des Haushaltsentwurfes zur Beratung an den Ausschuss.

Einstimmig angenommen.

### **TOP Ö3**

#### **Zustimmung des Gemeinderats zur außerplanmäßigen Ausgaben für die Ausgleichsfläche aufgrund des Bebauungsplans "Industriegebiet Jungholz – Bereich Ost"**

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplans 2013 war nicht bekannt, dass bei der Erschließung des Gewerbegebietes Jungholz-Ost eine gesonderte Ausgleichsfläche für die Umsiedlung von Eidechsen erforderlich wird.

Im Haushalt 2013 sind zwar insgesamt ausreichende Mittel für die Erschließung veranschlagt; aufgrund der formellen Vorgaben des Haushaltsrechts sind jedoch Ausgaben für Ausgleichsflächen auf der Finanzposition 2.6100.950000 zu buchen.

Daher werden bei der Finanzposition 2.6100.950000-033 im Jahr 2013 voraussichtlich Mehrausgaben von 35.500,00 € entstehen:

Diese „Mehrausgaben“ können durch Wenigerausgaben bei den veranschlagten Gesamtkosten für die Erschließung dieses Baugebiet ausgeglichen werden.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) sagte, dass man die Kosten „umgeparkt“ habe. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Berger (CDU) zeigte sich verwundert über die Höhe der Mehrausgaben. Er gab die Zustimmung der CDU.

GR Jutta Schneider (SPD) sagte, dass die Kosten sehr hoch seien. Sie gab die Zustimmung der SPD. Schneider fragte nach dem aktuellen Stand der Erschließungskosten im Baugebiet „Jungholz Ost“. BGM Schmitt sagte zu, die Information aufzulegen.

GR Sigrid Schüller (GLP) gab die Zustimmung der GLP. Sie sagte, dass die Kosten der Erschließungsmaßnahmen bei 508.000 € liegen. Hier wären 35.000 € für die Zauneidechsen als bedrohte Tierart der roten Liste dann auch nicht zu viel.  
Einstimmig angenommen.

## **TOP Ö4**

### **Neuvermarktung der Dog-Stations**

Die Gemeinde hatte im Jahr 2010 einen Vertrag mit der Firma Pro Humanis Humansponsoring GmbH abgeschlossen, welcher die Aufstellung von 3 Dog-Stations beinhaltet.

Die Firma ist nunmehr an die Verwaltung herangetreten und bietet an erneut Sponsoren zu akquirieren und 3 weitere Dog-Stations zu vermarkten.

Da es sich um ein Sponsoring-Angebot handelt und der Gemeinderat in der Vergangenheit beanstandet hat, dass er erst nach Abschluss des Vertrages informiert wurde soll nun vor dem Kontakt mit der Firma ein Gemeinderatsbeschluss herbeigeführt werden.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) fragte nach der Höhe der Hundesteuereinnahmen. RAL Kroither bezeichnete diese mit 49 T€.

GR Gerhard Waldecker (PL) sagte, dass sich insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, dass für die Tüten jährlich rund 800 € und für die Leerung an Personalkosten zusätzlich jährlich rund 5.000 € Personalkosten anfallen, sich die Frage stelle, ob man diese Einrichtungen wirklich brauche. Waldecker fragte ob jeder Hund steuerlich erfasst sei? BGM Schmitt sagte, dass jeder bekannte Hund auch erfasst ist. Waldecker gab die Ablehnung der PL.

GR Hans-Peter Helmling (CDU) sagte, dass man der Maßnahme gerne zugestimmt hätte, allerdings die Höhe der zusätzlichen Kosten zu groß sei. Er gab die Ablehnung der CDU.

GR Christine Grimm (SPD) sagte, dass man seitens der SPD das Sponsoring ablehne. GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, dass nicht nur die Hunde „Dreck“ machen würden. Nach der Sachlage und der hohen zusätzlichen Kosten könne man die Sache nicht mittragen. Er gab die Ablehnung der GLP.

Einstimmig abgelehnt.

## **TOP Ö5**

### **Erschließungsbaumaßnahme Heinrich-Lanz-Straße - Erteilung eines Anschlussauftrags**

In der Gemeinderatssitzung am 15. Juli 2013 wurde der Auftrag über die Erschließungsbaumaßnahmen an Fa. Leonhard Weiss vergeben. Die Bauarbeiten sind derzeit in vollem Gange und in nächster Zeit sollen die Asphaltarbeiten im Fahrbahnbereich beginnen.

Ursprünglich war geplant, die Asphalt - Fahrbahndecke in Abhängigkeit vom Baufortschritt der privaten Baumaßnahmen fertig zu stellen. In der Ausschreibung wurde daher der Preis für die Asphaltdecke nur als Einheitspreis bezogen auf die Gesamtmenge angeboten. Eine spätere Ausführung (nach bzw. während der Errichtung der privaten Baumaßnahmen) würde allerdings zu unvermeidbaren Behinderungen und Einschränkungen bei der Zufahrt zu den Grundstücken führen, so dass die Verwaltung nun doch vorschlägt, die Fahrbahn im Zuge der nun stattfindenden Erschließung komplett auszubauen.

Unter Berücksichtigung des Einheitspreises im Angebot vom 20.06.2013 würden sich die Kosten für die Decke auf ca. 30.000 € incl. MwSt. belaufen. Finanzmittel sind im HH-Plan bereitgestellt.

GR Horst Kolb (PL) sagte, dass die PL mit der Maßnahme gerne warten würde, bis die Arbeiten alle abgeschlossen sind; es sei denn die Fa. Leonhard Weis könnte einen adäquaten Preis anbieten, wenn alles in einem Zug gemacht würde. Das Risiko der Beschädigung der Verschleißdecke durch die Baumaßnahmen der einzelnen Bauherren sei sehr hoch.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) ergänzte, dass die Grundstücke ja sehr variabel gestaltet werden sollen und die Decke dann wegen Wasser und Strom jedes Mal aufgemacht werden müsste. Diesen „Flickenteppich“ wolle man vermeiden.

BGM Schmitt stellte klar, dass für alle potentiellen Grundstücke bereits Hausanschlussleitungen bis in das Grundstück gelegt wurden und die Straße hierfür nicht mehr aufgemacht werden müsse.

GR Andreas Berger (CDU) sagte, dass es ratsam sei, in dem Gebiet die Verschleißdecke aufzubringen. Es sei hier nicht vergleichbar mit dem Gewerbering. Man müsse ansonsten einen Tag eine Vollsperrung veranlassen. Er gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass die Gehwege nicht für diese Tragfähigkeit ausgelegt seien, daher sei insbesondere wichtig diese zu schützen. Man sei seitens der SPD mit beiden Lösungen nicht glücklich, da man erst hinterher wisse ob die Entscheidung richtig war und stimme mit Bedenken zu.

GR Sigrid Schüller (GLP) fragte warum sich die Verwaltung um entschieden habe. Sie gab die Enthaltung der GLP, da man für die Straße einen Frauennamen haben wollte.

Einstimmig angenommen, bei 2 Enthaltungen der GLP.